

# Pressemitteilung

## Bündnis fordert 500 Euro Kindergrundsicherung Gerechtigkeit herstellen – kein Kind zurück lassen

Berlin, 14. April 2009. Der Anteil armer oder von Armut bedrohter Kinder an der Bevölkerung nimmt in Deutschland seit Jahren zu. Aktuell sind mindestens 2,4 Millionen Kinder im Leistungsbezug. Nach Ansicht des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG führt dies zu einem großen Gerechtigkeitsproblem. Christiane Reckmann (Präsidiumsmitglied des Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO) und Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)) und Bündnispartner: „Die Chancen auf ein gutes Aufwachsen sind in Deutschland von Geburt an höchst ungleich verteilt. Auch viele ökonomische Argumente sprechen dafür, in eine gute materielle Absicherung aller Kinder zu investieren. Denn sonst können Kinder weder voll am sozialen Leben teilhaben noch dem Arbeitsmarkt zukünftig zur Verfügung stehen. Wir dürfen in Deutschland kein einziges Kind zurück lassen und müssen deshalb dieses Gerechtigkeitsproblem schnell und nachhaltig lösen!“

Das Bündnis weist dabei auf Widersprüche im gegenwärtigen Sozialsystem und Ungleichbehandlung von Kindern hin. Angesichts der Dimensionen des Problems der Kinderarmut reicht es nach Ansicht des Bündnisses nicht aus, an einzelnen Stellschrauben im bisherigen System zu drehen. Ulrich Thöne (Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)) führt aus: „Das Problem der Kinderarmut lässt sich weder über eine geringfügige Anhebung des Kindergeldes noch über die Ausweitung des Kinderzuschlags noch über die Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung rasch, zielgerichtet und befriedigend lösen, denn Kinder brauchen mehr. Wir fordern demgegenüber den politischen Mut für eine problemadäquate Gesamtlösung und einen grundsätzlichen Systemwechsel – und dies ist die Kindergrundsicherung.“

Aktuell werden Kinder je nach Erwerbssituation ihrer Eltern höchst ungleich finanziell gefördert. Das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG fordert daher eine Kindergrundsicherung zur Gleichbehandlung aller Kinder. Prof. Dr. Hans Bertram (Humboldt-Universität Berlin): „Unser Vorschlag lautet, künftig alle Kinder mit einer Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro monatlich abzusichern. Damit wird der grundlegende Bedarf, den Kinder für ihr Aufwachsen benötigen und den das Bundesverfassungsgericht festgehalten hat, aus öffentlichen Mitteln gedeckt.“

Die Grundsicherung soll bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden, um den Abschluss einer entsprechenden Ausbildung zu gewährleisten. Die Kosten für das Modell können nach Ansicht des Bündnisses größtenteils durch eine Umverteilung aus bereits vorhandenen Einnahmen finanziert werden.

Heinz Hilgers (Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB)) macht für das Bündnis abschließend deutlich: „Uns ist klar, dass der Wechsel vom System vieler undurchsichtiger monetärer Einzelmaßnahmen hin zu einer transparenten Kindergrundsicherung politischen Mut über Parteigrenzen und Legislaturperioden hinweg braucht. Wenn alle politischen Kräfte in Deutschland die Priorität ihrer Entscheidungen auf ein gerechtes und gutes Aufwachsen von Kindern legen, kann ein solcher Systemwechsel aber gelingen. Die Kindergrundsicherung ist eine konsequente und eine mutige Lösung. Weit mehr als 2,4 Millionen arme Kinder in Deutschland haben diesen Mut verdient!“



**unterstützt durch die  
Wissenschaftler/-innen:**

- Prof. Dr. Hans Bertram
- Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster
- Prof. Dr. Heiner Keupp
- Prof. Dr. Ronald Lutz
- Prof. Dr. Stefan Sell
- Prof. Dr. Margherita Zander